

A-14 Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit - Initiative für eine ehrliche Nahostdebatte

Antragsteller*in: Constantin Heinold (KV Coburg), Antonia Beckmann (KV Nürnberg Stadt), Richard Gemba (KV Bayreuth), Maret Illig (Kv Nürnberg Stadt), Lukas Wölfert (KV Coburg), Laura Patzelt (KV Nürnberg Stadt), Marius Hofmann (KV Nürnberg Stadt), Maximilian Mayr (KV Erding)

Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

1 Auch eineinhalb Jahre nach dem von der Hamas geführten brutalen und nicht zu
2 rechtfertigenden Angriff auf israelische Zivilist:innen am 7. Oktober
3 2023 und der darauf folgenden israelischen Invasion des Gazastreifens
4 verschlechtert sich die humanitäre Lage für die Zivilbevölkerung in Gaza von Tag
5 zu Tag weiter. Wir müssen feststellen, dass zunehmende Kritik an der
Kriegsführung Israels aus seinen verbündeten Staaten, darunter auch Deutschland,
nicht zu einer Verbesserung der Lage geführt hat. Im Gegenteil: Es ist zu
beobachten, wie die israelische Regierung mit den von ihr verübten
Gewalttaten immer offener umgeht.

6 Unsere aktuellen, seit Beginn des Krieges fast unveränderten Haltungen und
7 Forderungen im Zusammenhang mit diesem Konflikt sollten daher von uns
kritisch und ausführlich evaluiert und reflektiert werden, um eine
Sprechfähigkeit und politische Wirksamkeit zu ermöglichen.

8 Nach eineinhalb Jahren Krieg haben wir und unsere Mutterpartei das Vertrauen
9 großer Teile der jungen Generation und dabei besonders das Vertrauen
10 migrantisierter Menschen verloren. Ebenso zeigen sich Menschenrechts- und
internationale Organisationen, die einst unsere engsten Partner im Kampf
gegen Ungerechtigkeit waren, von unserer aktuellen Haltung enttäuscht.

11 All das muss uns zu denken geben und macht eine umfassende Überprüfung und
12 Überarbeitung unserer Positionen und eine Aufarbeitung unserer bisherigen,
unausgewogenen Haltung nötig.

Der Bundesvorstand wird dazu aufgefordert, einen Debattenprozess zum israelisch-palästinensischen Konflikt und den mit diesen zusammenhängenden Themenfeldern durchzuführen. Dieser soll die Position der GRÜNEN JUGEND umfassend evaluieren und wenn nötig eine grundlegende Neupositionierung ausarbeiten, deren Grundlage nicht die Loyalität zu einzelnen Staaten, sondern unser fester Glaube an Freiheit, Gleichheit, Recht und Gerechtigkeit ist.

Die Ernsthaftigkeit und permanente Verschlechterung der humanitären Lage in Gaza machen eine schnelle Durchführung dieses Prozesses nötig. Deshalb sollten wir uns bis zum Bundeskongress im Oktober 2025 eine Sprechfähigkeit zu dem Thema geben, um unsere Positionen dort zu evaluieren und gegebenenfalls zu aktualisieren.

Dabei muss der Krieg in Gaza zwingend im Kontext des erweiterten Konflikts betrachtet werden. Eine umfassende neue Beschlusslage und Forderungen der GJ müssen neben der Betrachtung und Verurteilung des brutalen Vorgehens der Hamas sowohl gegen die israelische als auch gegen die eigene Bevölkerung, auch eine Analyse des israelischen Vorgehens in Gaza, einer Betrachtung der Lage im Westjordanland, der israelischen Siedlungspolitik, des Zustandes des israelischen Rechtsstaates, ökonomische Faktoren, Sicherheit für die Bevölkerung und die Außenpolitik Israels und Palästinas mehr einbeziehen.

Im Zentrum des Debattenprozesses müssen die aktuelle Lage in Gaza sowie der Schutz der Zivilbevölkerung und die Achtung des Völkerrechts stehen. Bei der Betrachtung dieses Themenkomplexes soll der Debattenprozess unter anderem folgende Konfliktpunkte behandeln:

1. Als wie vertrauenswürdig können Stellungnahmen und veröffentlichte Informationen der IDF und der israelischen Regierung, sowie der Hamas, bzw. der staatlichen Institutionen des Gazastreifens, sowie relevanter internationaler Berichterstattung zum Kriegsgeschehen bewertet werden?
2. Inwieweit halten die Kriegsparteien ihre Pflicht zur Achtung des Völkerrechts ein?
3. Inwieweit erfolgt eine angemessene Bestrafung von Kriegsverbrechen durch die Kriegsparteien und wie umfassend geschieht eine Aufarbeitung derselben?
4. Ist davon auszugehen, dass Festnahmen und Haftbedingungen durch die

- 33 Kriegsparteien den Standards des internationalen- und Völkerrechts
entsprechen oder muss angenommen werden, dass eine Missachtung dieser
Standards offizielle militärische Doktrin der jeweiligen Kriegspartei ist
oder zumindest aktiv geduldet wird?
- 34 5. Verhindert die Privatisierung und de-facto Kontrolle der Verteilung
35 humanitärer Hilfe durch Israel die ausreichende Versorgung der
Palästinenser:innen und falls ja, nimmt die israelische Seite dies bewusst
in Kauf?
- 36 6. Ist davon auszugehen, dass die Kriegsparteien Hunger als Kriegswaffe
einsetzen?
- 37 7. Ermorden die Kriegsparteien bewusst Zivilist:innen oder nehmen deren Tod
38 zur Erreichung ihrer Kriegsziele bewusst in Kauf und falls ja, stellen
diese Handlungen offizielle militärische Doktrin dar?
- 39 8. Inwieweit kann den Kriegsparteien nachgewiesen werden, menschliche
40 Schutzschilde zu nutzen und falls ja, inwieweit stellt diese Nutzung
offizielle militärische Doktrin dar oder wird diese mindestens aktiv
geduldet?
- 41 9. Inwieweit kann die Vertreibung von Palästinenser:innen aus dem Gazastreifen
42 als offizielles Kriegsziel der israelischen Regierung betrachtet
werden?
- 43 10. Inwieweit können Merkmale eines Genozids und/oder des Verbrechens der
44 "Extermination" durch die israelische Regierung an den Palästinenser:innen
in Gaza nachgewiesen werden?
- 45 11. Inwieweit ist davon auszugehen, dass Deutschland sich durch die anhaltende
46 Unterstützung Israels an potentiellen, von der israelischen Regierung
begangenen Kriegsverbrechen mitschuldig macht?
- 47 12. Welche Verantwortung tragen wir und welche Rolle sollten wir daher
einnehmen?

48 13. Auf welche Weise können wir als GRÜNE JUGEND zu humanitären Verbesserungen
für die unter diesem Konflikt leidenden Menschen beitragen?

49 14. In welchem Rahmen unterstützen wir die Forderung unseres europäischen
50 Dachverbandes FYEG zum sofortigen Abzug aller israelischen Truppen zurück
auf völkerrechtlich anerkanntes israelisches Staatsgebiet?

51 Die Besatzung des Westjordanlandes und die daraus resultierende Situation für die
52 dort lebenden Menschen sind untrennbar mit der Lage in Gaza
53 verbunden. Die Menschen in Gaza und dem Westjordanland verbinden nicht nur eine
54 gemeinsame Identität, sondern auch der Wunsch nach Freiheit und
55 Selbstbestimmung in einem eigenen Staat. Diese Anstrengungen wurden vom Handeln
56 der aktuellen und vergangenen israelischen Regierungen behindert. Nur
bei einer Beendigung der völkerrechtswidrigen Besatzungen und der systemischen
Gewalt beider Seiten ist Frieden im Nahen Osten denkbar. Um unsere
Positionen zu ihren Folgen, Ausprägungen, Rechtfertigungen und den von uns
geforderten Maßnahmen, um diese zu überwinden, zu aktualisieren soll der
Debattenprozess unter anderem folgende Konfliktpunkte behandeln:

57 15. Kann die Besatzung des Westjordanlandes durch legitime
Sicherheitsinteressen Israels gerechtfertigt werden?

58 16. Inwieweit und auf welche Weise haben diese und vergangene israelische
Regierungen die Besatzung und den Siedlungsbau bewusst gefördert?

59 17. Inwieweit kann die aktuelle Befestigung der Grenze zwischen dem
60 Westjordanland und Israel durch legitime Sicherheitsinteressen Israels
gerechtfertigt werden

61 18. Inwieweit nutzt die israelische Regierung diese Grenzbefestigungen als
Druck- und Sanktionsmittel gegenüber Palästinenser:innen?

62 19. Ist davon auszugehen, dass Haftbedingungen und Festnahmen durch die Kräfte
63 der PLO und der israelischen Sicherheitsbehörden den Standards des
64 internationalen- und Völkerrechts entsprechen bzw. inwieweit ist davon
auszugehen, dass eine Missachtung dieser Standards offizielle Doktrin der
Akteure ist oder strukturell geduldet wird?

- 65 20. Handelt es sich bei sogenannten "Lockdowns" der palästinensischen
66 Bevölkerung in der Westbank um eine ungerechtfertigte, rassistische und
illegale Kollektivbestrafung?
- 67 21. Ist davon auszugehen, dass Palästinenser:innen und Israelis in
Besatzungsgebieten die gleichen Rechte zugestanden werden?
- 68 22. Inwieweit findet ein duales Justizsystem, das zu Diskriminierung und
69 Ungleichheit zwischen Palästinenser*innen und Israelis führt Anwendung und
falls ja, inwieweit ließe sich diese Ungleichbehandlung durch legitime
Sicherheitsinteressen Israels rechtfertigen?
- 70 23. Inwieweit teilt der Verband die Einschätzung des Büros des Hochkommissars
71 für Menschenrechte der UN (OHCHR), welches in den durch Israel
besetzten Gebieten Merkmale des Rechtsbegriffs eines Apartheidsystems
verwirklicht sieht?
- 72 24. Inwiefern würde eine israelische gesetzliche und juristische Legitimierung
73 des nach internationalem Recht illegalen Besatzungsregimes und des
Siedlungsbaus im von Israel kontrollierten Gebiet, die Rechtsstaatlichkeit
Israels in Frage stellen
- 74 25. Spricht sich der Verband für eine sofortige Auflösung aller nach
75 internationalem Recht illegalen israelischen Siedlungen und für die
Rückgabe
des Landes an die vertriebenen Palästinenser:innen, aus?
- 76 26. Schließt sich die GRÜNE JUGEND der Forderung ihres Dachverbandes FYEG zur
77 Anerkennung eines palästinensischen Staates der Gaza, das
Westjordanland und (Ost-)Jerusalem als seine Hauptstadt umfasst, an? Welche
Bedingungen müssten hierfür erfüllt sein?
- 78 Die größte ethnische Minderheit im Staat Israel ist die palästinensisch-
79 arabische. Auch die Situation dieser Gruppe und der (historische) Umgang
80 israelischer Regierungen mit den palästinensischstämmigen Bürger:innen Israels
bedürfen im Kontext einer umfangreichen Analyse einer Debatte. Bei der
Betrachtung dieses Themenkomplexes soll der Debattenprozess unter anderem

folgende Konfliktpunkte behandeln:

- 81 27. Gibt es im Staat Israel selbst eine gesetzliche Bevorteilung oder
82 Privilegierung jüdischer Staatsbürger:innen bzw. eine gesetzliche
Benachteiligung arabischer/palästinensischer Staatsbürger:innen?
- 83 28. Inwiefern leiden arabisch-/palästinensischstämmige Staatsbürger:innen in
Israel unter strukturellem und gesellschaftlichem Rassismus?
- 84 29. Herrscht in Israel ein Assimilierungsdruck auf Palästinenser:innen, sich im
85 besonderen Maße zum Staat Israel zu bekennen und in die israelische
Kultur einzufügen, falls ja ist dieser Druck ein gesellschaftlicher oder
institutionalisierter?
- 86 30. Handelt es sich beim Konflikt zwischen Israelis und Palästinenser:innen
hauptsächlich um einen nationalen oder ethnischen Konflikt?
- 87 31. Unterstützt der Verband das allgemeine sogenannte freiwillige "Recht auf
88 Rückkehr" aller seit Staatsgründung Israels vertriebenen
Palästinenser:innen und ihrer Nachkommen?
- 89 Die Art, wie Debatten über den israelisch-palästinensischen Konflikt geführt
90 werden, ist in Deutschland hoch umstritten. Das macht es notwendig, die
91 deutsche Debatte selbst kritisch zu hinterfragen. Dafür braucht es einen freien
92 Debattenraum, klar begrenzt durch die roten Linien antisemitischer und
muslimfeindlich-rassistischer Äußerungen und Stereotype. Wo diese Linien
verlaufen, muss im Verband debattiert werden. Es sollten unter anderem
folgenden Konfliktpunkte behandelt werden:
- 93 32. Wäre es per se als rassistisch zu bewerten von Palästinenser:innen und
94 Muslim:innen (oder als solche gelesene Personen) zu verlangen, sich
95 aufgrund ihrer vermuteten (oder realen) Zugehörigkeit zu diesen Gruppen von
der Hamas oder von kriegerischen Handlungen der palästinensischen
Seite zu distanzieren?
- 96 33. Macht von sogenanntem "importierten Antisemitismus" zu sprechen, für das
97 reale Problem mit einem erstarkenden Antisemitismus in Deutschland eine
diskriminierte Randgruppe verantwortlich und ist diese Formulierung damit

als rassistisch zu bewerten?

- 98 34. Sieht der Verband sogenannte "pro-Palästinensische Demonstrationen" von
99 besonderen Einschränkungen, disproportionalen Auflagen, besonders
herausfordernden Genehmigungsverfahren und übermäßigen Eingriffen durch die
Polizei, betroffen und sieht er das als gerechtfertigt?
- 100 35. Stimmt der Verband der Auffassung zu, dass unterschiedliche Akteure
101 Antisemitismusvorwürfe aktuell teilweise instrumentalisieren und so dem
Kampf gegen Antisemitismus schaden können, wie das beispielsweise der baden-
württembergischen Antisemitismusbeauftragte Blume geäußert hat?

102 Als GRÜNE JUGEND ist es unser Anspruch solidarisch mit allen Betroffenen von
103 Rassismus, Antisemitismus, Gewalt, Terrorismus und Krieg zu stehen. Wir
104 erkennen hierbei den Nahostkonflikt und die Lage in der Region Palästina als
105 vielschichtigen, komplizierten und über Generationen gewachsenen Konflikt
106 an. Über Jahrzehnte der Abschottung, Gewalt und des Terrors wurden Fehler
107 begangen, die kaum mehr gut zu machen erscheinen. Die Terrororganisation
108 Hamas verfolgt gemäß ihres Manifestes klar das Ziel einen Genozid an der
109 israelischen Bevölkerung und Jüd:innen auf der ganzen Welt zu begehen. Mit
110 einer solchen Organisation kann es keinen Frieden in Sicherheit für alle
Beteiligten geben. Die Hamas repräsentiert nicht die Palästinenser*innen.
Gleichzeitig erkennen wir an, dass die israelische Regierung und das israelische
Militär nicht frei von Schuld sind und ihrerseits zahlreiche Akte der
Gewalt und Unterdrückung gegen Palästinenser:innen verübt haben. Wir können
diesen Konflikt sicherlich nicht lösen, sehen uns aber in der
Verantwortung uns zu äußern. Deshalb brauchen wir eine neue Debatte, um unsere
Positionierungen entsprechend aktueller Entwicklungen anzupassen und
unsere Kraft im Sinne der Zivilbevölkerungen zu nutzen. Vor allem wollen wir uns
aber den folgenden Fragen stellen:

- 111 36. Wie kann unser Verband ein offener und sicherer Ort für jüdische Personen
sein?
- 112 37. Was können wir tun um ein solcher Ort zu sein und gleichzeitig eine
113 ehrliche Debatte über Antisemitismus und unsere Haltung zum Nahostkonflikt
zu ermöglichen?
- 114 38. Welche Maßnahmen müssen in welchem Umfang gefordert werden, um auf die
115 beteiligten Parteien Druck auszuüben und welche Institutionen oder

Gruppen können legitime Ziele dieser Maßnahmen sein?

Begründung

siehe oben.